

3647/AB XX.GP

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017WIEN

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3748/J betreffend Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI), welche die Abgeordneten Dietaehmayr und Genossen am 26.2.1998 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Das Parlament wird schon bisher gern. § 23e B -VG regelmäßig über den Verhandlungsfortgang informiert. Die Verhandlungen selbst folgen dem verfassungsrechtlich vorgezeichneten Weg. Nach ihrem Abschluß - womit frühestens Ende dieses Jahres zu rechnen ist - wird die Bundesregierung eine Entscheidung über eine mögliche Unterzeichnung des Vertragswerkes treffen, danach wird es zur - für das Inkrafttreten notwendigen - Ratifizierung dem Parlament vorgelegt werden.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Ein wesentliches Element der Verhandlungen ist es, sicherzustellen, daß das MAI umwelt- und sozialverträglich ist, daß heißt, daß es die Möglichkeiten der Vertragsparteien, eine selbständige Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu betreiben und ihren Verpflichtungen aus internationalen Abkommen in diesen Bereichen nachzukommen, nicht beschränkt.

Analysen des OECD - Sekretariats kommen zum Schluß, daß das der Fall ist. Abkommensbestimmungen, die das zusätzlich ausdrücklich klarstellen, sind in Ausarbeitung. Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Normadressat des MAI sind - wie bei allen internationalen Abkommen - ausschließlich die Vertragsparteien. Allerdings ist vorgesehen, dem MAI die OECD - Leitlinien für Multinationale Unternehmen anzuschließen, das ist ein Verhaltenskodex für grenzüberschreitend tätige Unternehmen, der unter anderem Umwelt - und Arbeitnehmerschutzbestimmungen enthält. In diesem Zusammenhang hat - unter anderem auf österreichische Initiative - in den zuständigen OECD - Gremien eine Diskussion über eine mögliche Überarbeitung dieser Leitlinien begonnen.

Wie in der Antwort zu Punkt 2 der Anfrage erwähnt, läßt das MAI die Möglichkeiten eines Mitgliedstaates, eine nichtdiskriminierende Umwelt -, Gesundheits - und Sozialpolitik zu betreiben, unberührt. Österreich hat sich als erstes Land seit Beginn der Verhandlungen darüber hinaus für ein bindendes Verbot von Sozial - und Umweltdumping ausgesprochen und begrüßt, daß sich mittlerweile die Mehrzahl der Verhandlungsteilnehmer dieser Ansicht angeschlossen hat und daß der Textentwurf nunmehr derartige Bestimmungen enthält. In der Präambel bekennen sich Verhandlungsteilnehmer u.a. ausdrücklich zu ihren Verpflichtungen in der Rio - Deklaration über Umwelt und Entwicklung und in der Agenda 21 einschließlich des "polluter pays" - Prinzips, die Umsetzung dieser Verpflichtungen sollte aber den dafür zuständigen Foren überlassen bleiben.

Österreich hat sich von Anfang an für eine Eindämmung des Subventionswettkampfs ausgesprochen. Der Entwurf sieht die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen nach der Abkommensunterzeichnung vor.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Das Wirtschaftsministerium ist, wie schon in der Vergangenheit, zu jeder sachlichen öffentlichen Diskussion über das MAI bereit.